

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXI/176

Bonn, den 15. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Heck-tische Entgleisungen</u> Ein Wort zum Thema "Stil" Fritz Stalberg	53
2 - 3	<u>Die Not der Gemeinden</u> Nach dem ersten Halbjahr 1966: Voraussagen leider bestätigt Von Klaus Rusticus	92
4 - 6	<u>Die Lage der afrikanischen Arbeiter in Südwestafrika</u> Von Irving Brown, Direktor der afrikanisch-amerikanischen Gewerkschaftszentrale	123
6	<u>VORSPELL</u> Letzter Schritt zum perfekten Polizeistat	

+ + +

Heck-tische Entgleisungen

Fritz Stallberg

Mit der Behauptung, die SPD plane die "Mobilmachung der Straße" wurde vor einigen Wochen ein Vorgeschmack gegeben. Das war in den Tagen nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, deren Ergebnis die CDU zutiefst getroffen hatte. Bruno Heck, das geschäftsführende Präsidialmitglied der geschlagenen CDU, griff zu dieser Parole von der "Mobilmachung der Straße", um die Ankündigung der SPD zu diffamieren, sie werde aus der Düsseldorfer Mißachtung des Wählerwillens die notwendigen Konsequenzen ziehen. Hecks Äußerung kennzeichnete insbesondere die verzweifelte Nervosität, in der sich die CDU befand und die sich seitdem galoppierend verbreitet hat. Auch Hecks parteiamtliche Äußerungen sind inzwischen zu dokumentarischen Beweisen der Führungskrise seiner Partei geworden. Kurz gesagt: die CDU reagiert Heck-tisch, weil sie sich in Panikstimmung befindet.

Warum sonst wird der Versuch gemacht, die Kritik, die von der sozialdemokratischen Opposition an der Bundesregierung geübt wird, als "maßlose Hetze" zu etikettieren, die auf eine "planmäßige Verketzerung" der Bundesregierung abziele? Warum sonst wird von der "Panikmache" gesprochen, die sich hinter der "Maske der staatsmännischen Verantwortung" verberge? Der Gipfel der Heck-tischen Entgleisungen wurde vorerst mit der Äußerung erreicht, die unter Hecks Namen von der CDU verbreitet wurde, nachdem der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am Dienstag dieser Woche von der Bundespressakonferenz Rede und Antwort gestanden hatte. Mit dieser Äußerung wurde - gelinde gesagt - nicht nur jede sachliche Plattform verlassen, sondern zugleich ein Ton angeschlagen, vor dem dringend gewarnt werden muß. Ich weiß - und bin in dieser Auffassung auch durch zahlreiche objektive Beobachter der Bonner Szene bestärkt worden -, daß Hecks Erklärung trotz ihres parteiamtlichen Charakters bestenfalls nur von ihren Urhebern ernst genommen worden ist. Sie wurde als Verzweiflungsschritt bewertet, als ein Versuch, die Kettenbremse zu ziehen.

Die Führungskrise, die sich rund um Erhard in Partei und Kabinett breit gemacht hat, ist keine Erfindung der SPD. Sie wurde und wird täglich durch Kronzeugen der Regierungsseite bestätigt und findet ihren Niederschlag in der Erfolglosigkeit der regierungsamtlichen Politik. Der Stellvertreter Erhards in der Parteispitze hat deshalb mit einem Sonderparteitag gedroht. Und daß ein massiver Vorstoß in der CDU/CSU-Fraktion, der darauf hinauslief, Erhard in personeller und sachlicher Hinsicht an die Kette zu legen, noch nicht realisiert wurde, hat lediglich taktische Gründe.

Auch innerhalb der CDU können nur hoffnungslos Erblindete übersehen, daß Erhards Popularitäts- und Autoritätsschwund vollkommen ist. Die Ereignisse der letzten Wochen haben bewiesen, daß dem amtierenden Bundeskanzler auch von seiner eigenen Partei nur noch eine zeitlich begrenzte letzte Bewährungschance gegeben wird. Das ist die Lage, die ihre Schatten über die politische Landschaft wirft. Und falls diese Erinnerung noch erforderlich sein sollte: eben diese Lage wurde auch von Kommentatoren und Politikern der Regierungsseite selbst an dem Tag eindeutig genug bestätigt, an dem Heck seine fragliche Erklärung abgab.

Der CDU kann nur angeraten werden, ihren Heck-tischen Ton und Stil zu überprüfen. Er klingt auch in der Bundestagsdebatte über eine Stabilisierungsgesetzgebung stellenweise an. Seine Weiterverwendung untergräbt zweifellos das notwendige sachliche Zusammenwirken der demokratischen Kräfte unseres Staates. Möglicherweise wollen das gewisse Teile der CDU-Parteispitze. Die SPD wird gerade in diesem Punkt ein besonders aufmerksamer Beobachter sein.

Die Not der Gemeinden

Nach dem ersten Halbjahr 1966: Voraussagen leider bestätigt

Von Klaus Rusticus

Krasser konnten es die von vielen westdeutschen Gemeinden gezogenen Zwischenbilanzen nach dem ersten Halbjahr 1966 nicht bestätigen: Alle Befürchtungen sind leider eingetroffen. Die seitdem prekärer gewordene Finanzlage kann heute nicht treffender als durch die kürzlich veröffentlichte Aussage des Münchener Oberbürgermeisters Dr. Hans-Jochen Vogel dargestellt werden: "Wir sind am Ende!" - "Wir"... das sind die 140 westdeutschen kreisfreien Städte und Stadtstaaten.

Akute Gefahren

Bereits vor der Haushaltslegung 1966 sanktionierten fast alle Kommunen einschneidende Sparmaßnahmen. Schon nach den ersten drei Monaten des laufenden Haushaltsjahres war aber abzusehen, daß selbst durch rigorose Mittelspernungen und Einsparungen nicht jegliche Gefahr größer werdender Haushaltsfehlbeträge behoben werden kann. Die unausbleibliche Folge waren Sperrungen von Vorhaben im Rahmen der Investierungshaushalte.

"Angesichts dieser Situation wird sich voraussichtlich im Jahre 1967 die Strukturkrise der städtischen Finanzen weiter verschärfen", diese sehr zurückhaltende Feststellung des Deutschen Städtetages vom 18. 8. 1966 gilt bereits vollinhaltlich für das laufende Haushaltsjahr, nicht also erst für 1967. Die in westdeutschen Gemeinden abgegebenen Zwischenberichte für das erste Halbjahr unterstreichen unmißverständlich die akuten Gefahren, vor der die Rathäuser mehr denn je stehen: Es ist die Diktatur der Leeren Stadtkassen.

Dunkle Wolken über vieler Gemeinden...

In der finanzpolitischen Praxis zeichneten sich im ersten Halbjahr 1966 folgende Symptome ab.

- * Bei steigenden fixen Kosten retardieren Steuereinkommen.
- * Als Folge der schlechten Entwicklung in der Stahlindustrie leisten verschiedentlich große Unternehmen für 1966 keine Vorauszahlungen für Gewerbesteuer nach Ertrag.
- * Die Aussichten, daß sich die Ertragslage großer Unternehmen bessern und im nächsten Jahr wieder mit dieser wichtigen Steuereinnahme zu rechnen sein wird, sind gebietsweise negativ zu beurteilen.
- * Der 30. 6. 1966 war bei der Lohnsummensteuer noch nicht die Hälfte des Haushaltesolls erfüllt. Zwar wird sich in den nächsten sechs Monaten besonders in westdeutschen Großstädten die Tarifierhöhung in der Metallindustrie etwas günstig auswirken, doch ob überall die eingeplante Gesamthöhe der nach Erfahrungswerten des letzten Jahres zu schätzende Lohnsummensteuer erreicht wird, kann in Hinblick auf die Konjunkturlage nicht summarisch vorausgesagt werden.
- * Als Folge des eingefrorenen Kapitalmarktes mußten Gemeinden im ersten Halbjahr 1966 bereits außerordentliche Ausgaben (für meist abschnittsweise begonnene Vorhaben im Rahmen des Investierungshaushalts) durch ordentliche Einnahmen zwischenfinanzieren.

Eine höchst ungesunde Entwicklung...

Besonders diese Art von Zwischenfinanzierung muß jeden in einer Zeit, in der bei steigenden laufenden Kosten die Einnahmen stagnieren oder sogar rückläufig sind, mit großer Sorge erfüllen. Selbst wenn - wie geschehen - Restbeträge aus bereits in Vorjahren geschlossenen Darlehensverträgen volutiert werden, um von Fall zu Fall mehr Betriebsmittel für den außerordentlichen Haushalt zu bekommen, kann dies nur eine Notlösung von kurzer Dauer sein. Es sei denn, in manchen Kommunen würden die Investierungshaushalte 1966 bereits früher zusammenbrechen.

Das ist auch zu befürchten, wenn der Kapitalmarkt weiterhin "eingefroren" bleibt. Schließlich ergab sich die Notwendigkeit jener Zwischenfinanzierung aus ordentlichen Einnahmen, wodurch wiederum ordentliche Haushaltspläne und mithin die Erfüllung unausbleiblicher kommunaler Aufgaben in akute Gefahr geraten, durch die Kapitalmarktlisere. Eine westdeutsche Stadt (über 100 000 E) führte zum Beispiel mit 20 Stellen Verhandlungen, um durch Aufnahme aufsichtsbekördlich genehmigter Darlehen eingeplante außerordentliche Ausgaben zu decken. Erst als die Bemühungen erfolglos verliefen, mußten Mittel aus dem ordentlichen Aufkommen zur Zwischenfinanzierung herangezogen werden, ohne daß z.Z. Aussichten auf Darlehensgewährungen bestanden. Bereits vor der Haushaltslegung waren dieser Gemeinde gut 50 Prozent der vorgesehenen Kredite von der Aufsichtsbehörde gestrichen worden.

Der Schuldendienst steigt mit...

Der Nachholbedarf oder steigende Bedürfnisse zu erfüllen, war allen Gemeinden ausnahmslos nur auf dem Wege von Schuldenaufnahmen möglich. Nach den ersten Aufbauphasen aber kletterten die Schuldendienste beträchtlich in die Höhe. Dadurch wurden - besonders im ersten Halbjahr 1966 - viele Gemeinden über alle erträglichen Maße belastet.

Verschiedentlich stieg diese Belastung noch weiter an, weil Darlehensgeber als Folge der Kapitalmarktlisere ihre Zinsforderungen erhöhten. Einnahmehübenänge, wie sie hier und dort zu verzeichnen waren, schwanden beträchtlich dahin. Die ohnehin meist mageren Rücklagen müssen in der Regel notgedrungen früher abgerufen werden, wodurch 1967 die Zinsentnahmen aus Rücklagenrückstellungen automatisch sinken werden.

Wie kürzlich vom Städtetag verlautet, hat "die Finanzlage der Städte einen Stand erreicht, der Sofortmaßnahmen unumgänglich macht". Das kann nicht deutlich genug unterstrichen werden.

Die Diktatur der leeren Stadtkassen forderte bereits große Opfer: Schulen und Altenheime, Straßen und Kinderheime, vor allem auch Aufschließungsmaßnahmen gehören dazu. Wer heute den Gemeinden nachsieht, sie hätten von sich aus nicht alles Menschenmögliche zur Stabilisierung getan, der geht an den Tatsachen vorüber.

Bundesregierung und Bundesbank haben die Kommunen in die Kniee gezwungen. Die Gemeinden sind heute von der Gnade der Darlehensgeber abhängig. Die Bundesregierung hat die Kommunen an den Schuldenprengen gestellt und ihnen den Bettelstab aufgezogen.

Aus der heraufbeschworenen Diktatur der leeren Stadtkassen entwickelt sich eine weitaus größere politische Gefahr: Sie schürt die Unzufriedenheit in den Gemeinden, die man nach 1945 gern und oft als die "Keimzellen der Demokratie" bezeichnete.

Die Lage der afrikanischen Arbeiter in Südwestafrika

Von Irving Brown.

Direktor der afrikanisch-amerikanischen Gewerkschaftszentrale

Die afrikanischen Arbeiter in Südwest-Afrika leben und arbeiten unter Bedingungen, die in keinem Verhältnis zu der allgemeinen Entwicklung ihres Landes oder seines wirtschaftlichen Wohlstandes stehen. Sogleich Südwestafrika in rechtlicher Hinsicht keine Kolonie ist, verhalten sich die von der Republik von Südafrika eingesetzten Behörden in einer Weise, daß die afrikanische Bevölkerung an dem wachsenden Wohlstand unbeteiligt bleibt und der Reichtum des Landes zu einer Quelle mühelosen Profits für Grundbesitzer und eine Handvoll mächtiger Gesellschaften wird.

Ohne Rechte

Die für die Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte müssen in den Eingeborenen-Reservaten leben, aus denen jederzeit die erforderliche Anzahl von körperlich geeigneten Männern zu Arbeitsbedingungen verpflichtet werden kann, die ihnen keinerlei Rechte zusichern; nach einiger Zeit werden sie zurückgeschickt und durch andere ersetzt. Dieses System erstreckt sich auch über die Grenzen Südwesafrikas hinaus; einerseits werden diese Anwerbungskampagnen bis auf die portugiesische Kolonie Angola ausgedehnt, andererseits werden die südwestafrikanischen Reservate von der Republik Südafrika nach Arbeitskräften angezapft.

Der Anteil der Afrikaner an der Gesamtbevölkerung beträgt noch 66 Prozent, während der der privilegierten Gruppe europäischer Abstammung nicht einmal 33 Prozent ausmacht. Man wendet verschiedene Kunstgriffe an, um dieser Minderheit ihre bevorzugte Stellung zu sichern und dem Großteil der Bevölkerung jeden Einfluß auf das Schicksal des Landes zu nehmen. Die Bevölkerung wurde willkürlich in vier Gruppen unterteilt: Afrikaner, die offiziell als "Eingeborene" bezeichnet werden; dazu zählen Angehörige einheimischer Rassen oder Stämme.

Die zweite Gruppe bilden die Europäer, die offiziell als "Weiße" bezeichnet werden; die dritte Gruppe umfaßt einige Asiaten, während zur vierten Gruppe alle Mischlinge - genannt "Farbige" - zählen, also diejenigen, die sich nicht in einer der anderen Gruppen unterbringen ließen. Die Lebensumstände und die Aufstiegsmöglichkeiten eines Menschen hängen von seiner Rassenzugehörigkeit ab, und zwar nicht nur seine politischen Rechte, sondern auch die Bildungsmöglichkeiten, seine wirtschaftliche Entwicklung und sogar die Gründung einer Familie

"Eingeborenenreservat"

Die zahlenmäßige Überlegenheit der Afrikaner wird weitgehend durch die Aufteilung des Landes in einzelne Distrikte und die ungleichmäßige Verteilung der Bevölkerung in diesen Bezirken ausgeglichen. Südwestafrika besteht verwaltungsmäßig aus einem Polizeidistrikt (670 948 km²) und einem kleinen Distrikt im Norden (155 794 km²). Mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung - fast ausschließlich Afrikaner - lebt in dem "Eingeborenenreservat" im Norddistrikt. Der flächenmäßig große Polizeidistrikt wird von weniger als der Hälfte der Gesamtbevölkerung bewohnt, wovon über zwei Drittel der afrikanischen Bevölkerung in den Reservaten leben müssen.

Weiterhin können sich Afrikaner nur in beschränktem Umfang im Lande frei bewegen. Bewohner der Reservate dürfen den Polizeidistrikt nur betreten, wenn sie für eine zeitlich begrenzte Arbeit angeworben wurden. Auch die wenigen außerhalb der Reservate lebenden Afrikaner unterliegen strengen Bestimmungen. Sie dürfen keinen eigenen Boden besitzen. Etwa zwei Drittel leben auf von Europäern betriebenen Farmen. Die Mehrzahl der Afrikaner des verbleibenden einen Drittels muß unter vor den Behörden festgelegten Bedingungen an bestimmten Orten leben: in abgetrennten städtischen Vierteln, in "Eingeborenenhöfen" oder in "Eingeborenenheimen"; die Eingeborenen-Stadtviertel sind außerdem nach Stämmen unterteilt. Sie dürfen sich nicht innerhalb einer Fünfmeilenzone um die Stadt versammeln. Es ist ihnen untersagt, im Polizeidistrikt zu reisen, falls sie nicht einen Paß des europäischen Arbeitgebers, des europäischen Farmers oder eines städtischen Beamten usw. besitzen.

Die weiße Vorherrschaft wird schließlich durch die unterschiedliche wirtschaftliche Struktur der Gebiete innerhalb und außerhalb der Reservate gesichert. Die Bodenbearbeitung für den Eigenbedarf ist die einzige wirtschaftliche Tätigkeit der in den Eingeborenenreservaten eingeschlossenen Afrikaner. Diese Bewohner können keine Industriegüter kaufen, sofern sie nicht zur Arbeitsdienstleistung angeworben wurden. Die gesamte wirtschaftliche Entwicklung erstreckt sich also auf die Gegenden außerhalb der Reservate, in denen die Europäer einen beträchtlicheren Bevölkerungsanteil gegenüber dem ganzen Land ausmachen.

Führungspositionen nur für Weiße

Die Arbeiter, von denen das Funktionieren und das Wachstum des Bergbaus, der Fischerei und der Landwirtschaft Südwestafrika abhängen, werden daran gehindert, eine gesellschaftliche Klasse zu bilden. Sie sind in eine Anzahl vollständig voneinander getrennten Kategorien, in denen eine strenge Hierarchie herrscht, zersplittert. Die winzige europäische Minderheit hat die entscheidenden Positionen inne. Ungelernte Arbeit wird nur von Afrikanern verrichtet. Die Ursache dieser ständigen Diskriminierung in der Arbeit liegt vor allem an der Diskriminierung in der Ausbildung, wodurch der Afrikaner schon vor der Annahme einer Beschäftigung im Nachteil bleibt. Zur Zeit wird die Erziehung und Ausbildung aller Afrikaner von der Regierung überwacht. Ihre Fähigkeiten sind aber noch geringer als die der Südafrikanischen Republik. Nur einige wenige Afrikaner dürfen sich in Südafrika einer Universitäts- oder Berufsausbildung unterziehen.

Zu all dem kommt noch hinzu, daß viele Lizenzen und Verträge eine Bestimmung enthalten, wonach gelernte und höher bezahlte Posten Europäern vorbehalten sind. In bestimmten Fällen ist Afrikanern der Aufstieg sogar durch gesetzliche Bestimmungen verwehrt; sie können sogar mit besonderen Haftstrafen belegt werden. Nur wenigen Afrikanern ist es gestattet

ständig außerhalb der Reservate zu leben; sie können ihren Arbeitsplatz auf eigenen Wunsch oder den des Arbeitgebers beliebig lange behalten. Die große Mehrheit der aus den Reservaten angeworbenen Arbeitskräfte ist nach höchstens zweieinhalb Jahren, meist jedoch früher verpflichtet, zurückzukehren und unterliegt ständigen Verschöbungen, erhält niedrigere Löhne und entbehrt jeder Möglichkeit, erworbene Kenntnisse anzuwenden.

Die Arbeitsbedingungen für afrikanische Ländarbeiter und Hausangestellte sind noch schlechter als die für Berg- und Fabrikarbeiter; ihre Löhne sind niedriger, ihre Arbeitszeit ist unbegrenzt, und sie werden häufig geschlagen. Auf einer noch tieferen Stufe stehen die Afrikaner, die für geringfügige Vergehen bestraft und privaten Arbeitgebern gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung gestellt werden; die sogenannten "Häftlinge" erhalten keinen Lohn.

Gewerkschaften praktisch unmöglich

Im Jahre 1956 bestanden vier Gewerkschaftsorganisationen mit insgesamt 930 Mitgliedern. Afrikaner gehörten nicht dazu, obwohl es nicht ausdrücklich verboten ist, sich den Gewerkschaften anzuschließen. Es kamen einige Streiks von Afrikanern vor. In Wirklichkeit handelt es sich nur um wenige Fälle, die bekannt wurden. Die gesetzlichen Bestimmungen machen eine echte Gewerkschaftsbewegung unmöglich. Die Anwerbung afrikanischer Arbeitskräfte aus den Reservaten und Angola ist das Monopol des "Südwestafricanischen Verbandes für eingeborene Arbeitskräfte" (SWANLA - South-West African Native Labor Association). Diese Anwerbung bedeutet eine Verpflichtung zur Zwangsarbeit, wodurch nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der afrikanischen Bevölkerung gefährdet und die Menschenrechte verletzt werden, sondern auch die Bevölkerungsstruktur in großen Maße beeinflusst wird.

Aus "Weltweite Partnerschaft"

+ - +

VORSTER...

Letzter Schritt zum perfekten Polizeistaat

sp - Mit der Bemerkung "gegenwärtige Umstände, Drohungen und gewisse Aktivitäten" hätten ihn veranlaßt, die Kontrolle über die Polizei selbst zu behalten, hat der neue südafrikanische Ministerpräsident Vorster eine wichtige politische Entscheidung getroffen, die in ganz Afrika wie ein Beben wirkt. Wer die Vergangenheit Vorsters kennt, weiß, daß er entschlossen ist, Südafrika endgültig zu einem Polizeistaat zu machen. Schon als Justizminister der Regierung des ermordeten Ministerpräsidenten Verwoerd hatte Vorster ständig versucht, Polizeimaßnahmen an die Stelle von Politik zu setzen. Gelegentlich wurde er darin sogar durch den ermordeten Ministerpräsidenten gehindert. Jetzt hat Vorster alle Macht in seiner Hand. Man behauptet, daß er die Übernahme des Polizeiresorts zur Bedingung für die Annahme der Wahl zum Ministerpräsidenten gemacht habe. Es ist jetzt damit zu rechnen, daß die Ururen auch in anderen afrikanischen Staaten stärker wird und daß manches in Afrika in Bewegung geraten kann, was bisher nur unter der Oberfläche schwebte.

+ + +